

BEZIRKSVERTRETUNG MITTE

TOP 13

Auszug aus der nichtunterzeichneten Niederschrift der Sitzung vom 23.11.2017

Zu Punkt 11.1
(öffentlich)

Bericht zum Dringlichkeitspunkt 28.2 der Ratssitzung am 08.11.2017 - Drucksache 5685/2014-2020

Nachdem Herr Franz die bisher kontrovers geführte Diskussion zur Lutteroffenlegung zusammen gefasst und erläutert hat, warum eine Dringlichkeitsentscheidung des Rates erforderlich war, ergänzt Herr Dodenhoff (Bauamt), dass ursprünglich in der Ratssitzung am 14.12.2017 nach Durchlauf der Vorlagen durch alle politischen Gremien eine abschließende Beratung erfolgen sollte. Da aber die Bezirksregierung Detmold kurzfristig mitgeteilt hätte, dass die Stadt Bielefeld mit der Maßnahme „Offenlegung der Lutter / Neugestaltung Ravensberger Straße“ in das Förderprogramm „Zukunft Stadtgrün NRW 2017“ aufgenommen werden solle, sei zur Inanspruchnahme der rd. 4,7 Mio. Euro bis zum 09.11.2017 ein Ratsbeschluss über das INSEK „Nördlicher Innenstadtrand“ erforderlich geworden. Darum habe der Rat der Stadt in seiner Sitzung am 08.11.2017 den notwendigen Beschluss gefasst. Um eine Beratung in der Bezirksvertretung Mitte zu gewährleisten, sollte die Vorlage zusätzlich weiter wie geplant am 23.11.2017 dort beraten werden. Der Rat der Stadt könnte die Ergebnisse der politischen Vorberatung dann am 14.12.2017 nochmals würdigen und gegebenenfalls auch Veränderungen des INSEK aufnehmen sowie einen gegebenenfalls erforderlichen Änderungsbeschluss fassen.

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 11.2
(öffentlich)

Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept Nördlicher Innenstadtrand (INSEK Nördlicher Innenstadtrand) hier: abschließender Beschluss nach § 171 b BauGB zur Festlegung des Gebietes "Nördlicher Innenstadtrand" zur Durchführung von Stadtumbaumaßnahmen

Beratungsgrundlage:
Drucksache: 5623/2014-2020

Die Bezirksvertretung Mitte verständigt sich darauf, die Unterpunkte 11.2 und 11.3 gemeinsam zu behandeln.

Herr Meichsner bittet um Erläuterung, für welche Maßnahmen genau die Fördermittel beantragt seien und welche Priorität die Maßnahmen zueinander hätten. Bei der Durchführung der Umgestaltung des Lindenplatzes seien von der Verwaltung Förderanträge gestellt und dafür dann Mittel bewilligt worden, ohne dass die Bezirksvertretung Mitte im Anschluss daran noch weitreichende Gestaltungsmöglichkeiten gehabt hätte. Dies

dürfe sich hier nicht wiederholen. Er hinterfragt mehrere Inhaltsschwerpunkte des Konzepts und erkundigt sich, wie die Personalmaßnahmen für die auf zwei Jahre befristeten Projekte umgesetzt würden. Die gesamte Vorlage enthalte zu viele Dinge, die zu wenig präzisiert seien und werde daher - auch aufgrund des nicht kooperativ zu nennenden Verfahrens - von der CDU-Fraktion abgelehnt.

Herr Suchla begrüßt die Inhalte der Vorlage und erkundigt sich, ob aufgrund der Förderzusage nun für andere Projekte dadurch frei gewordene Mittel zur Verfügung stünden. Die SPD-Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Auch Herr Straetmanns begrüßt für die Fraktion Die Linke das vorgestellte Konzept und erklärt, dass eine Ablehnung der damit verbundenen Mammutaufgabe nicht gerecht würde. Die Fraktion Die Linke werde daher zustimmen.

Herr Henningsen erklärt, dass in Bezug auf den Stadtbezirk Mitte kein sozialer Brennpunkt erkennbar sei. Die in der Vorlage vorgeschlagenen Maßnahmen zur Veränderungen der Verkehrsströme, wie beispielsweise die Verkehrsinsel an der Oldentruper Straße, könnten nicht die Zustimmung der CDU-Fraktion finden.

Herr Franz erkundigt sich, ob durch die vorgezogene Zusatzförderung die Baumaßnahme der Offenlegung der Lutter nun früher realisiert werden könne. Ebenso möchte er wissen, ob zumindest ein großer Teil der 4,7 Mio. Euro für die Offenlegung der Lutter nun frei würden und im Bereich des ursprünglichen INSEK-Konzepts für andere Maßnahmen, beispielsweise dem Bahnhofsumfeld, zur Verfügung stünden.

Herr Dodenhoff erklärt, dass für den Förderantrag bei der Offenlegung der Lutter die bestehenden, teils schon beschlossenen Maßnahmen aus dem Umweltamt und dem Umweltbetrieb aufgegriffen und in einem Paket gebündelt worden seien. Auf die von Herrn Meichsner vermisste Präzisierung der Maßnahmen zählt er als konstruktive Baumaßnahmen das Kernbauwerk der Offenlegung der Lutter, die Wasserzuleitung aus dem Park der Menschenrechte und die Profilstaltung des Lutterbaches als ökologische Aufwertung des technischen Bauwerks auf. Hinzu komme die Straßenneugestaltung der Ravensberger Straße oder auch der geplante Spielplatz an der Turnerstraße, der Übergang von der Teutoburger Straße in den offenen Grünzug der Platanenallee und der Wasserspielplatz nördlich der Schule am Niedermühlenhof.

Zur Nachfrage von Herrn Suchla erklärt er, dass durch den Wechsel in der Finanzierung nicht automatisch mehr Fördergelder für andere Projekte zur Verfügung stünden. Für jede einzelne Maßnahme müsse die Realisierungsfähigkeit hergestellt und nachgewiesen werden, damit sie ins jeweilige Förderprogramm passe. Zu den von Herrn Meichsner angesprochenen Personalfragen weist er darauf hin, dass die Projekt-Aufträge in der Mehrzahl an Dritte vergeben würden und dann dort die erforderliche Personalbedarfsplanung erfolge. Es würde sich daher in der Regel nicht um städtische Stellen handeln.

Auf Herrn Franz eingehend erläutert er, dass durch die Förderzusage mit einem Endausbau 2019 gerechnet werden könne und so auch für den Verein „Pro Lutter“ mit dessen einzubringenden Eigenmitteln Investitionssicherheit geschaffen würde.

Als nächste Phase der Planung würde man in die Projektierung der einzelnen Projekte einsteigen und nach der Leistungsphase 3 der HOAI Entwurfsplanungen erstellen lassen. Dazu müssten konkrete Kostenplanungen vorliegen. Der Blick richte sich nun auf das Stadterneuerungsprogramm 2018. Hier werde das Haus der Wissenschaft weiter geplant, damit ein entsprechender Förderantrag gestellt werden könne. Die Quartiersbetreuung Ostmanturmviertel solle fortgeführt und um die Bereiche Kamphofviertel, Meller Straße und Teile der Herforder Straße erweitert werden. Auch das erfolgreich gelaufene Programm der Fassadenerneuerung solle als Fortführung mit in die Förderung aufgenommen werden.

Herr Meichsner stellt für die CDU-Fraktion einen Antrag, der nach der sich anschließenden Diskussion von Herrn Franz als mehrheitlicher Text wie folgt zur Abstimmung gebracht wird:

Beschluss:

Bei den Planungen des INSEK sind die weiteren Planungsschritte frühzeitig den beteiligten Gremien vorzustellen.

- mit Mehrheit beschlossen -

Herr Dodenhoff bittet zu bedenken, dass der Zeitpunkt, an dem die Politik zu beteiligen wäre, von Projekt zu Projekt differenziere.

Sodann lässt Herr Franz über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschluss:

1. Die im Rahmen des förmlichen Verfahrens eingegangenen Stellungnahmen werden gemäß Vorlage zur Kenntnis genommen (Anlage 1).
2. Die von der Verwaltung vorgenommenen Änderungen und Ergänzungen zum INSEK Nördlicher Innenstadtrand werden beschlossen (Anlage 2).
3. Das INSEK Nördlicher Innenstadtrand wird gem. § 171b Abs. 1 BauGB als Grundlage für die Festlegung des Gebietes, in dem die städtebaulichen Maßnahmen der Städtebauförderung durchgeführt werden, beschlossen.
4. Das INSEK Nördlicher Innenstadtrand dient als Grundlage für die Beteiligung an dem Aufruf der Landesregierung „Starke Quartiere - starke Menschen“.
5. Das im Lageplan gem. § 171b Abs. 1 BauGB festgelegte Gebiet Nördlicher Innenstadtrand wird beschlossen (Anlage 3).

- mit Mehrheit beschlossen -
